



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Monopolstrukturen in der Landwirtschaftsvertretung verhindern
(Kap. 08 03 Tit. 686 07)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 08 03 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Landwirtschaft) wird der Ansatz im Tit. 686 07 (Zuwendungen an den Bayerischen Bauernverband für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im landwirtschaftlichen Bereich) für das Jahr 2024 von 1.450,0 Tsd. Euro um 350,0 Tsd. Euro auf 1.100,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 08 03 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Landwirtschaft) wird der Ansatz im Tit. 686 07 (Zuwendungen an den Bayerischen Bauernverband für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im landwirtschaftlichen Bereich) für das Jahr 2025 von 1.450,0 Tsd. Euro um 650,0 Tsd. Euro auf 800,0 Tsd. Euro gekürzt.

Begründung:

Monopolistische Strukturen können aufgrund eines zu ungleichen Machtverhältnisses wettbewerbsverzerrend und negativ auf die Innovationsfähigkeit von Marktwirtschaften wirken. Gleichwohl können sie auch eine höhere Effizienz aufweisen und gerade in Zeiten großer Veränderungen stabilitätswahrend wirken. Eine zu starke Status-Quo-Orientierung kann erforderlichen Fortschritt jedoch verhindern und damit die Zukunftsfähigkeit ganzer Branchen gefährden.

Auch die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag von 2023 festgehalten, „zunehmende marktbeherrschende Strukturen [zu] bekämpfen“. Mit einem Organisationsgrad von über 95 Prozent droht der Bayerische Bauernverband auf dem Markt der landwirtschaftspolitischen Ideen und Interessen eine starke monopolistische Position einzunehmen, die sich vor dem Hintergrund stetig steigender ökologischer Herausforderungen nachteilig auf die Diversität und Auswahlmöglichkeiten für Landwirte hinsichtlich einer wirksamen Vertretung ihrer ökonomischen Interessen auswirken kann. Eine Neujustierung von Prioritäten zu Gunsten eines diversifizierten Angebots ist notwendig, um Bayerns starke Landwirtschaft langfristig zu erhalten.